

Motor oder Hemmschuh? Kirche und Beteiligung

Vortrag bei der Tagung der Evangelischen Akademie Pfalz am 20.1.2018

War der gestrige Tag stärker von der historischen Perspektive bestimmt, soll es heute um die Gegenwart, vielleicht auch um die Zukunft gehen. Es soll, so steht es im Programmflyer, „nach dem gegenwärtigen Zustand von Beteiligungskultur in Kirche und Gesellschaft“ gefragt werden.

Meine Perspektive ist die einer Dekanin, die es in einem Kirchenbezirk mit den unterschiedlichsten Menschen und ihren sehr verschiedenen Weisen, Kirche wahrzunehmen und mitzugestalten zu tun hat; ich kann außerdem auf unterschiedliche Gemeindefahrungen zurückgreifen und kenne auch die gesamtkirchliche Perspektive als Landessynodale und frühere Referentin eines gesamtkirchlichen Dienstes. Ich bin keine wissenschaftliche Theologin, auch keine Kirchenhistorikerin, aber ich versuche meine Praxiserfahrungen zu reflektieren und sie in Beziehung zu setzen zu den Sichtweisen anderer, so dass es nicht nur partikulare Erfahrungen und Einzelbeobachtungen sind, von denen ich reden kann.

In meinem Vortrag frage ich nach

- I. dem Stellenwert von Beteiligung und Partizipation in der derzeitigen gesellschaftlichen Diskussion
- II. dem theologischen Stellenwert von Beteiligung
- III. den strukturellen Rahmenbedingungen in unserer Landeskirche
- IV. dem Zustand der Beteiligungskultur in unserer Kirche
- V. dem, was Beteiligung erschwert und dem, was Beteiligung möglicherweise fördert

Zunächst will ich aber eine terminologische Klärung vollziehen. Was ist Beteiligung, was ist Partizipation, was ist ehrenamtliches Engagement?

Partizipation ist mehr als Beteiligung, Partizipation ist aktive Mitgestaltung; Beteiligung kann sich dagegen auch in einer reinen Teilnahme vollziehen; ich besuche einen Gottesdienst, eine Veranstaltung, aber ich gestalte sie nicht maßgeblich mit.

Auch die Unterscheidung von institutionellem Ehrenamt und sozialem Ehrenamt erscheint mir sinnvoll. Das institutionelle Ehrenamt umfasst alle Formen von Gremienarbeit, die durch Ehrenamtliche wahrgenommen werden, also Presbyterien, Synoden, Ausschüsse auf den unterschiedlichsten Ebenen, die der Meinungsbildung dienen und Orte der Entscheidung sind. Beteiligung und Partizipation sind dabei nicht immer klar zu unterscheiden.

Das soziale Ehrenamt ist das Engagement vor allem im sozialen, diakonischen oder pädagogischen Bereich. Es stellt eine Form der Partizipation dar.

Daneben gibt es auch noch Hauptamtliche – keineswegs nur PfarrerInnen – die aufgrund ihrer Tätigkeit die Möglichkeit der Partizipation haben, die sich in ihrer Kirche aber mehr oder weniger gut wahrgenommen und an Entscheidungsprozessen beteiligt fühlen. Die Perspektive der Hauptamtlichen lasse ich aber außer Acht.

I. Stellenwert von Beteiligung und Partizipation in der derzeitigen gesellschaftlichen Diskussion

Die Erfahrung, dass politische Entscheidungen von Teilen der Bevölkerung nicht mehr verstanden werden, dass Projekte wie z.B. Stuttgart 21 abgelehnt werden, dass Teile der Bevölkerung sich nicht mehr wahrgenommen fühlen in ihren Interessen und Bedürfnissen, führt insgesamt zu einem breiten Nachdenken, wie Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen gesteigert und damit auch die Akzeptanz erhöht werden kann. Beteiligung und Partizipation als Gegenmittel gegen Politikverdrossenheit und Spaltungstendenzen in der Gesellschaft in der Hoffnung, dass das Angebot das „Ganze“ mitzugestalten, das „Ganze“ wieder stärker zu einer Sache **aller** werden zu lassen.

„'Partizipation' ist seit einigen Jahren das Schlagwort in der politischen Bildung. Allerorten fordern Bürgerinnen und Bürger größere Transparenz, bessere Mitsprachemöglichkeiten und ‚echte‘ Teilhabe. Mehr Menschen zu mehr Partizipation zu befähigen und so die Zivilgesellschaft zu fördern, gilt als ‚Königsziel‘ politischer Bildung. Eine sich immer wieder neu stellende Herausforderung ist es dabei, auch die gesellschaftlichen Gruppen zu erreichen, die nicht ohnehin schon an Politik und Beteiligung interessiert sind.“ (APuZ Heft 46/447.2012 Politische Bildung, Editorial)

So hat das Land RLP vor einigen Jahren eine Enquete-Kommission eingesetzt, die 2014 ihren Abschlussbericht vorgelegt hat. *„Ziel der Enquete-Kommission EK 16/2 ‚Bürgerbeteiligung‘ sollte es sein, bereits frühzeitig eine hohe Identifikation mit konkreten Projekten und politischen Prozessen zu schaffen sowie Hürden und Schranken für eine Beteiligung abzubauen. Aufgabe der Enquete-Kommission war es, eine umfassende Bestandsaufnahme der bestehenden Möglichkeiten zur Beteiligung auf den unterschiedlichen staatlichen Ebenen vorzunehmen und konkrete Vorschläge zu erarbeiten, die zu einer stärkeren Beteiligung der Bevölkerung führen sollen. Neue Formen und Verfahren zu mehr Beteiligung müssen sich an dem Anspruch messen lassen, inwieweit sie Teilhabe und Transparenz bei Entscheidungsprozessen als grundlegende Voraussetzungen dafür schaffen, Vertrauen in die parlamentarische Demokratie zu stärken. Nach einem modernen Demokratieverständnis müssen repräsentative, direkte und kooperative Demokratie aufeinander abgestimmt werden, um eine bessere Akzeptanz von Entscheidungsfindungsprozessen zu erreichen.“ (aus dem Abschlussbericht)*

Ganz in diesem Sinn gab es in Ludwigshafen im Zuge der Planungen für den Abriss und Neubau der Hochstraßen einen strukturierten Prozess der Bürgerbeteiligung, mit Informationsveranstaltungen, Gesprächsforen, Rückmeldemöglichkeiten im Internet und manches mehr.

Auch in der Kirche wird seit einigen Jahren über mehr Beteiligung nachgedacht. Für die ostdeutschen Landeskirchen wurde Ende der 90er Jahre ein Papier erarbeitet, das der besonderen Situation der ostdeutschen Landeskirchen gerecht zu werden versuchte. *„Die Studie ‚Kirche mit Hoffnung‘ möchte erneut einen Konsultationsprozess initiieren. Leitlinien zur Verständigung über die Perspektiven für die künftige Arbeit können nicht durch kirchliche Anordnung in Kraft gesetzt werden. Sie können allenfalls als Ergebnis einer Konsensbildung wirksam werden. Darum empfiehlt die Arbeitsgruppe, in Gemeinden, in der Mitarbeiterschaft, auf synodaler und kirchenleitender Ebene sowie zwischen den beteiligten Kirchen selber ein*

umfassendes Gespräch in Gang zu setzen.“ (Vorwort) Das 4. Kapitel der Studie ist überschrieben „Der Weg: Beteiligungskirche werden“. „Unter ‚Beteiligungskirche‘ verstehen wir, dass eine Kirche zunehmend daran erkennbar wird, dass nicht einige wenige, sondern möglichst viele zu ihrer Arbeit beitragen.“

Die EKD-Synodenpräsidentin Irmgard Schwaetzer hat auf einer Akademietagung mit dem Titel „Quo vadis Volkskirche“ 2014 ihren Beitrag überschrieben „Kirche der Beteiligung – Ehrenamtliches Engagement in der Volkskirche“.

Und die Synode der EKBO hat beschlossen, sich im Herbst 2018 mit dem Schwerpunkt Beteiligungskirche zu befassen. In der Begründung heißt es: *„Kirchenmitglieder und Ehrenamtliche wünschen sich dagegen gegenwärtig immer mehr, ihre eigenen Interessen und Ideen einzubringen und bei Prozessen mitzuwirken, anstatt lediglich das umzusetzen, was andere zu früheren Zeiten entwickelt und kirchlich etabliert haben. Eine solche Art der Beteiligung erhöht die Identifikation mit Kirche und macht Kirchenmitglieder zu mündigen Christinnen und Christen.“*

Schließlich hat sich auch Oberkirchenrätin Marianne Wagner in ihrer Einführungspredigt im September 2016 dafür ausgesprochen, dass sich die Landeskirche noch stärker als „Beteiligungskirche“ entwickelt.

Offenbar wird an unterschiedlichen Stellen ein Defizit an Beteiligung bzw. Partizipation empfunden und in einer Steigerung von Beteiligung bzw. Partizipation ein Instrument gesehen

- zur Erhöhung der Akzeptanz politischer Entscheidungen
- zur Steigerung der Identifikation mit der eigenen Organisation, dem eigenen Gemeinwesen u.ä.
- aber auch als Zukunftsstrategie in der Spätphase der Volkskirche

II. theologischen Stellenwert von Beteiligung

Hans Martin Barth hat in seinem bereits 1990 erschienen Buch „Einander Priester sein“ herausgearbeitet, dass der Gedanke des Priestertums aller Glaubenden eine der ekklesiologischen Neuentdeckungen der Reformation war, die aber selbst zu ihrer Entstehungszeit nicht die Gelegenheit hatte ihre kirchenbildende Kraft zu erweisen. Beim Priestertum aller Glaubenden geht es einerseits um die Würde des einzelnen Glaubenden, für sich und seinen Glauben Verantwortung zu übernehmen, frei von jeglicher priesterlichen Bevormundung. Andererseits aber auch um die Verpflichtung, die eigenen Gaben in die Gemeinschaft einzubringen und diese mitzugestalten. Beteiligung, Partizipation ist demnach ein konstitutives Element christlicher Existenz.

Und so formuliert Barth im Vorwort: „Für die Zukunft der Kirchen wird es von entscheidender Bedeutung sein, dass ihre einzelnen Mitglieder sich erneut und vertieft dessen bewusstwerden, welche Würde ihnen durch das Evangelium zugesprochen und welche Verantwortung für die Gemeinschaft ihnen anvertraut ist.“

Dieser Gedanke scheint in einem volkskirchlichen Horizont eher verloren zu gehen, wo es doch gerade zu den Kennzeichen der Freiheit in dieser Volkskirche gehört, dass jeder „Einzelnen... nach evangelischem Verständnis das geistliche Recht auf ein eigenes und selbständiges Verhältnis zur Kirche“ hat (D. Rössler, Grundriss der Praktischen Theologie, S. 267).

Die Freiheit, das Maß der Beteiligung und Partizipation selbst zu bestimmen, steht also in Spannung zu dem Gedanken des Priestertums aller Glaubenden und einer Verpflichtung, die eigenen Gaben einzubringen.

III. Strukturellen Rahmenbedingungen in unserer Landeskirche

Strukturell gibt es nach meiner Einschätzung in unserer Landeskirche ein hohes Maß an Beteiligungsmöglichkeiten.

- Die synodal-presbyteriale Ordnung schafft eine Struktur, die sich von der Basis aus aufbaut; Entscheidungsmacht liegt nicht bei Einzelpersonen, sondern bei auf Zeit gewählten Gremien. Zugangsvoraussetzung ist im Grunde allein die Taufe, genauer gesagt die Wählbarkeit für ein Presbyterium. Mehr braucht es selbst für die Wahl zur/m KirchenpräsidentIn nicht.
- Zur Wahl des Presbyteriums ist jedes Kirchenmitglied ab 14 Jahren zugelassen; das Wahlalter liegt damit deutlich unter dem in anderen Bereichen.
- Die Sitzungen der Presbyterien, der Bezirkssynode sowie der Landessynode sind in der Regel öffentlich, die Entscheidungsfindung ihrer Möglichkeit nach grundsätzlich transparent.
- Berufungsmöglichkeiten in Gremien ermöglichen auch die Beteiligung von Personen, die über die Wahl keine Chance hätten.
- In den Ausschüssen der Presbyterien sowie der Bezirkssynoden können auch Mitglieder mitarbeiten, die nicht der Bezirkssynode angehören, solange die Mehrheit der Mitglieder dem gewählten Gremium angehören.
- Die Wahl in die Bezirks- bzw. Landessynode ist auch nicht an die Mitgliedschaft der unteren Gremien gebunden, also ohne strukturelle Hürden.
- Die Besetzung einer Pfarrstelle sieht die Beteiligung der Gemeinde in wechselnden Turnus zur Kirchenleitung vor.
- Auch die Möglichkeit als Gemeindeglied pastorale Aufgaben wahrzunehmen, ist gegeben - als Lektor*in, Prädikant*in, in einem Besuchsdienstkreis, als ehrenamtliche Seelsorger*in – oft mit entsprechender Aus- und Fortbildung.
- Im Zuge der Änderung der Wahlordnung sollen weitere Hürden abgebaut werden: die Größe von Presbyterien können in verstärktem Maß den örtlichen Möglichkeiten angepasst werden, um so funktionsfähige Gremien zu schaffen.
- Die Verfassung sieht das Instrument der Gemeindeversammlung vor, ein ausgesprochen basisdemokratisches Instrument der Meinungsbildung.
- Bei allen grundlegenden Entscheidungen, die die Verfassung oder die Agenden berühren, ist ein Begutachtungsverfahren durch die Bezirkssynoden obligatorisch, in vielen anderen Fragen gehört es bei uns zur guten Tradition.
- Auch die Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Arbeit, wie sie z.B. in der Broschüre „...“ dargelegt sind, sind gut.

IV. Zustand der Beteiligungskultur in unserer Kirche

Trotz dieser strukturell guten Voraussetzungen steht es mit der Beteiligung nicht übermäßig gut. Viele Kirchengemeinden hatten bei der letzten Presbyteriumswahl große Schwierigkeiten die erforderliche Zahl der Kandidat*innen zu finden. Hier nehme ich eine Scheu, vielleicht auch Angst vor der Verantwortung wahr, die heute mit einem Amt in der Kirche verbunden ist. Menschen spüren, dass sie in dieser Funktion nicht nur etwas fortführen können, sondern Entscheidungen treffen müssen, die ihnen schwerfallen und die möglicherweise Widerstände hervorrufen – z.B. ein Gebäude oder Arbeitsfelder aufzugeben o.ä. Damit fühlen sich manche überfordert; die einen eher intellektuell, weil ihnen ein konzeptionelles Denken wenig vertraut ist; die anderen, weil sie eher harmonistisch veranlagt sind und einem traditionellen, konservativen, hierarchieorientierten Milieu angehören und nicht zur Zielscheibe von Kritik werden möchten.

In Ludwigshafen hatten wir z.B. große Mühe, zwei frei gewordenen Positionen im erweiterten Bezirkskirchenrat zu besetzen. Auch bei der Wahl des BKR zu Beginn der Wahlperiode war es ausgesprochen schwierig die nötigen Kandidat*innen zu finden. Aber auch ein aufwendig angelegtes Projekt zur Findung von ehrenamtlich Mitarbeitenden für die Arbeit am Lutherplatz hatte nur einen mäßigen Erfolg.

Eine kleine Umfrage in meinem Bekanntenkreis ergab aber auch, dass ein Engagement in der Kirche durchaus Attraktivität hat, dass der Umgang miteinander geschätzt wird, weil er sich oft wohltuend von dem Umgangston am Arbeitsplatz unterscheidet, dass aber Zeitmangel ein wichtiger Grund ist, sich nicht intensiver zu engagieren. Auch das stark angestiegene Engagement im Bereich der Flüchtlingsarbeit zeigt, dass Kirche von vielen, die sich zuvor nicht engagiert haben, durchaus als ein guter Ort für soziales Engagement angesehen und wahrgenommen wird.

Ein wichtiger Grund für mangelnde Partizipation liegt m.E. aber darin, dass wir als Volkskirche über sehr lange Zeit das Modell einer Kirchenmitgliedschaft gepflegt haben, für das Beteiligung nicht unbedingt dazu gehört. Die Freiheit des einzelnen Kirchenmitgliedes selbst zu bestimmen, wie intensiv es seine Mitgliedschaft lebt, diese Freiheit hat ihren Preis. Ein hohes Maß an Verbindlichkeit, eine hohe Erwartung in Bezug auf Beteiligung wirkt abschreckend. Die Angst vor Vereinnahmung ist geradezu sprichwörtlich (Kleiner Finger– ganze Hand). Die Großzahl der Kirchenmitglieder hat zur Kirche ein Verhältnis wie zu einem Servicebetrieb: ich zahle Kirchensteuer, ich finde es auch gut, dass es diese Organisation gibt, sie tut ja auch manch Gutes (Diakonie, Kindergärten...) Bei Bedarf insbesondere zu Kasualien nehme ich sie auch in Anspruch – aber mehr will ich eigentlich nicht. Oder: Ich gehe in einen Gottesdienst. Wenn er mir gefällt, komme ich vielleicht auch mal wieder; wenn nicht, bleibe ich weg. Oder: Ich komme zum Gemeindefest, finde es schön, was andere organisiert haben, aber ich habe keine Veranlassung mich zu beteiligen, mich einzubringen.

Aber auch bei denen, die sich engagieren, als ehrenamtliche Mitarbeitende sich beteiligen, gibt es Schwellen, die nur schwer überschritten werden:

Dass Ehrenamtliche das Recht der Verkündigung wahrnehmen und z.B. Andachten halten im Presbyterium oder im Frauenbund – und nicht nur eine vorformulierte Andacht vorlesen – ist selten. „Ich bin doch kein Theologe...“

Möglicherweise hängt dies mit einer Akademisierung der Theologie zusammen, der gegenüber sich sog. Laien immer unzulänglich fühlen. Um theologisch mitreden zu können, muss man Theologie studiert haben. Bevor ich dabei den Kürzeren ziehe, halte ich lieber den Mund und überlasse es den Spezialist*innen.

Und manchmal hat man auch den Eindruck, dass die Beteiligung der Basis für diese eher lästig ist, zumindest nicht wirklich plausibel. Das Interesse, sich z.B. zur Notwendigkeit einer Kirchengemeindeordnung zu äußern, hält sich in Grenzen. Auch das Instrument der Gemeindeversammlung wird wenig genutzt; am ehesten erinnert man sich daran in sehr konflikträchtigen Situation (Johanneskirche), jedoch kaum als regelmäßiges Instrument der gemeindlichen Meinungsbildung oder Information.

V. Was Beteiligung erschwert und was Beteiligung fördert

In seiner Expertise zum Thema „Ehrenamt hat Zukunft“ stellt Steffen Bauer – früher beim IPOS-Institut der EKHN und heute Leiter der Ehrenamtsakademie der EKHN – dar, dass es möglicherweise der hohe Anteil an Hauptamtlichkeit ist, der eine gute Kultur der Mitsprache und Mitentscheidung erschwert – vor allem aufgrund des Informationsvorsprunges der Hauptamtlichen. Dies lässt auch die Frage stellen: wollen Hauptamtliche wirklich die Beteiligung von Ehrenamtlichen oder wäre es nicht viel einfacher, die Dinge weitgehend allein entscheiden zu können? Ich glaube dort, wo Ehrenamtliche sich vor allem an Pfarrpersonen orientieren und weniger eigene Konzepte und Ideen einbringen, ist die Zusammenarbeit zuweilen beschwerlich, weil man als Pfarrperson stark in die Rolle dessen kommt, der oder die den Karren zieht und auch den Weg bahnen soll, auf dem der Karren dann fahren kann. Möglicherweise ist der Rückgang von Hauptamtlichen, den wir in der Kirche in Zukunft zu erwarten haben, also auch eine Chance: Wenn die Dominanz von Hauptamtlichen sich reduziert, entsteht vielleicht eine Situation, in der es Ehrenamtliche leichter fällt in die Verantwortung zu gehen.

Was ehrenamtliches Engagement fördert, das sagen Ehrenamtliche selbst:

- Mehr Finanzmittel für ihren Arbeitsbereich
- Bessere Bereitstellung von Räumen und Sachmitteln
- Bessere Weiterbildungsmöglichkeiten
- Bessere fachliche Unterstützung
- Unbürokratische Kostenerstattung
- Bessere Anerkennung der freiwilligen durch Hauptamtliche

Gerade die Frage der Anerkennung ist in Kirchen und Religionsgemeinschaften schlechter als im Durchschnitt anderer Arbeitsfelder - in den Parteien aber auch noch schlechter als in der Kirche.

Aufgrund zurückgehender Kirchenmitgliedszahlen und damit verbunden der Rückgang auch der finanziellen Mittel für Hauptamtlichkeit werden die Kirchen in Zukunft stärker von ihren Mitgliedern getragen werden müssen. Nicht als

kostensparender Ersatz für Hauptamtliche, sondern im Sinne der Nutzung aller vorhandenen Gaben werden sich Gemeindeglieder einbringen müssen und wollen. *„Für die Zukunft der Kirchen wird es von entscheidender Bedeutung sein, dass ihre einzelnen Mitglieder sich erneut und vertieft dessen bewusstwerden, welche Würde ihnen durch das Evangelium zugesprochen und welche Verantwortung für die Gemeinschaft ihnen anvertraut ist.“* (Hans Martin Barth)

Dabei bedarf es einer echten Wertschätzung der Gaben der anderen, auch der theologischen Fähigkeiten der sog. Laien. Vielleicht muss sich auch die Begrifflichkeit ändern und die sprachliche Unterscheidung von Laien und Geistlichen aufgegeben werden, da dem Begriff „Laien“ immer etwas Defizitäres anhaftet.

Schluss

Ist Beteiligung in der Kirche „Motor oder Hemmschuh“? Ich glaube, die Fragestellung ist nicht die richtige. Denn selbst wenn es ein Hemmschuh wäre, könnten wir im Sinne des Priestertums aller Glaubenden nicht darauf verzichten ohne unser Kirche sein in Frage zu stellen.

Die Bilder „Motor“ und „Hemmschuh“ kommen beide aus dem Bereich der Mobilität. Mit einem Hemmschuh wird die Geschwindigkeit eines Gefährts abgebremst, ein Motor ist ein Instrument Fahrt aufzunehmen. Dahinter steht die Frage von Geschwindigkeit und Effizienz. Aber ist das das entscheidende Kriterium? Geht es nicht in erster Linie darum gute Entscheidungen zu treffen, die von möglichst vielen mitgetragen werden? Beteiligung von vielen im Sinne einer Bottom up -Strategie dauert immer länger als eine Top down – Entscheidung. Aber die Akzeptanz ist höher.

Nochmals ein Beispiel aus Ludwigshafen: dort gab es 2011 die Fusion von drei Gemeinden, die in einer schnellen Entscheidung der Presbyterien vollzogen wurde. Die Angelegenheit war nicht gut kommuniziert, rief große Widerstände hervor und hat die Arbeit in der Kirchengemeinde über mehreren Jahren stark beeinträchtigt. 2016 gab es eine weitere Fusion von nochmals drei Kirchengemeinden, die aus den Erfahrungen der anderen gelernt hatten und sich über drei Jahre Zeit genommen hatten, diese Fusion in einem partizipativ angelegten Prozess vorzubereiten. In meinen Augen eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass das Ganze ziemlich geräuschlos über die Bühne gehen konnte. Auch die Entwicklung unseres Kindergartenträgerverbundes in einem partizipativen, über drei Jahre dauernden Prozess war eine gute Investition in dessen Akzeptanz.

Die Frage der Zukunft wird sein, wie wir Lust auf Partizipation machen und Beteiligung als einen Wesenszug unseres protestantischen Christseins plausibel machen können.